

Editorial

Kopenhagen – auch für die Schweiz eine grosse Chance

Die Klimakonferenz im Dezember in Kopenhagen ist für die internationale Umweltpolitik ein wichtiger Moment, grosse Schritte voranzukommen. Die Schweiz muss die Verhandlungen auch in ihrem eigenen Interesse aktiv unterstützen und zu einem erfolgreichen Ergebnis beitragen. Sehr ausgeprägt ist der internationale Charakter der derzeit laufenden Anstrengungen, die auch alle bedeutenden multilateralen Wirtschafts- und Entwicklungsorganisationen in ihren Bann zieht. Denn aus wirtschafts- und entwicklungspolitischer Sicht steht vieles auf dem Spiel!

Ein unkontrollierter Temperaturanstieg würde gemäss den wissenschaftlichen Grundlagen grosse Schäden an unserer lebenswichtigen natürlichen Umwelt und unseren Infrastrukturen verursachen. Zuzuwarten kommt uns langfristig teurer zu stehen als die rechtzeitige Emissionsreduktion. Wenn die landwirtschaftliche Produktion, die Wasserversorgung oder die Siedlungsgebiete in Küstennähe beeinträchtigt werden, so trifft dies vor allem auch die Entwicklungsländer. Die Bemühungen zur Armutsreduktion würden in diesen Ländern zunichte gemacht.

Durch das Einbinden aller wichtigen Emissionsländer – einschliesslich der USA und den Schwellenländern – kann ein neues Klimaabkommen die bisher häufig aufgetretene Verdrängungsmentalität überwinden, bei der, um von der eigenen Verantwortung abzulenken, auf andere Länder verwiesen wird, die angeblich weniger machen. Natürlich verursacht die Reduktion von Emissionen für viele Wirtschaftszweige beachtliche Kosten. Konkrete Reduktionsverpflichtungen sind daher politisch nicht einfach durchzusetzen. Die wichtigste Voraussetzung, dass es trotzdem gelingt, ist eine global faire Verteilung der Lasten. Dank grenzüberschreitender Zusammenarbeit – etwa mit den Emissionshandelsmechanismen und dem Technologietransfer – können die Massnahmen effizient gestaltet werden.

Der Bundesrat weist die Schweizer Verhandlungsdelegation in den Klimaverhandlungen an, sich aktiv für ein umfassendes Klimaabkommen einzusetzen. Er hat mit der Verabschiedung der Botschaft zur Revision des CO₂-Gesetzes bereits aufgezeigt, wie die Schweiz ihre eigene Klimapolitik bis 2020 weiterentwickeln und massgeblich zur Emissionsreduktion beitragen will. Schweizerische Cleantech-Unternehmen sind bereits sehr aktiv und bieten innovative Lösungen zur Bewältigung der globalen Herausforderung. Mit einem neuen, weitreichenden Abkommen und dem Denken in Wirtschaftskreisläufen tragen wir dazu bei.



Bundesrätin Doris Leuthard
Chefin des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements EVD

